



Beschlussbuch zum
Juso-Unterbezirksausschuss am 30.04.2011
SPD-Geschäftsstelle Minden-Lübbecke
Lübbecker Str. 202 in Minden



Zur Weiterleitung an den SPD-UBV im Rahmen der Erstellung eines Steuerkonzeptes beim nächsten SPD-Bundesparteitag

Vorrang für Bildung, Ökologie und lebenswerte Städte

Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik. Nur, wenn Bund, Länder und Kommunen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, kann Politik Gesellschaft gestalten und das Leben für viele Menschen lebenswerter machen. Deswegen darf es in der Steuerpolitik nicht zuerst um häufig abstrakte Fragen der Be- und Entlastung gehen. Vielmehr müssen SozialdemokratInnen sich zuerst fragen, wie sie zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen gestalten möchten und erst dann, welche Ressourcen dazu aufgebracht werden müssen.

In den vergangenen Jahren wurde allen staatlichen Ebenen durch etliche Steuersenkungen insbesondere für die Einkommens- und Vermögensstärkeren unserer Gesellschaft, Geld entzogen, was teilweise zur Handlungsunfähigkeit geführt hat. Die erhofften zusätzlichen privaten Investitionen sind dagegen nicht erfolgt. Vielmehr hat auch diese Politik dazu geführt, dass die Ungleichheit in keinem anderen OECD-Land so stark gestiegen ist wie in Deutschland. Der Ruf nach immer neuen Steuer- und Abgabensenkungen – wie schwarz-gelb es praktiziert – führt deswegen in die Irre. Er macht den Menschen vor, sie würden übermäßig belastet, ohne dabei die staatlichen Leistungen zu thematisieren. Die Belastungsthese ist zudem falsch: Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Gesamtabgabenquote im europäischen Mittelfeld, bei der Steuerquote liegt es an vorletzter Stelle.

Wir SozialdemokratInnen setzen diesem Irrweg ein anderes Bild entgegen: Wir wollen die Gesellschaft gestalten und ein gutes Leben für alle verwirklichen und nicht nur für die, die es sich leisten können. Wir wollen mit dem Irrglauben aufräumen, die Menschen würden übermäßig belastet. Vielmehr geht es uns darum, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen, der auf Leistung und Gegenleistung beruht. Wir wollen deshalb keine abstrakten Steuerdiskussionen mehr, sondern unsere Zukunftsprojekte definieren und sie mit konkreten Finanzierungsinstrumenten verbinden. Für uns sind dabei folgende Zukunftsinvestitionen unerlässlich:

Es besteht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass sich die Investitionen in Bildung deutlich erhöhen müssen. Wir wollen gute gebührenfreie Kindertagesstätten für alle. Wir wollen ausreichend und gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen marode Schulgebäude sanieren und sie gut ausstatten. Wir wollen ein gebührenfreies Studium zu besten Bedingungen. Und wir wollen Weiterbildungschancen für alle eröffnen. Gemessen am OECD-Durchschnitt zahlt Deutschland pro Jahr 20 Mrd. Euro zu wenig für Bildung. Studien gehen sogar von einem Fehlbedarf von 30 Mrd.



Euro aus. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss die Ausgaben deswegen schnellstmöglich mindestens auf den OECD-Durchschnitt anheben.

Zusätzlich brauchen wir eine mittelfristige Bedarfsanalyse, die die tatsächlich erforderlichen Mittel bemisst.

Die Situation unserer Kommunen ist dramatisch. Viele sind bereits handlungsunfähig, da viele Lasten auf sie übertragen wurden. Vor allen Dingen unterbleiben deswegen notwendige Investitionen in die Infrastruktur. Viele Gebäude und Straßen sind deswegen heute schon marode. Wir wollen aber lebenswerte Städte und Gemeinden, die ihren BürgerInnen eine leistungsfähige Infrastruktur und gute öffentliche Dienstleistungen bieten. Nach Studien fehlen den Kommunen allein für Investitionen pro Jahr mindestens sieben Mrd. Euro. Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept muss deswegen neben diesen erforderlichen Investitionen auch den Handlungsspielraum für laufende Ausgaben zurück geben, um selbst gestalten zu können. Auch hier muss eine Bedarfsanalyse her.

Fast alle sind sich einig, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit ist. Dem kann nur durch mutiges und entschlossenes Handeln begegnet werden. Dabei allein auf private Investitionen zu setzen, ist ein gefährlicher Weg. Vielmehr muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und zum einen selbst die notwendigen Investitionen etwa in den Ausbau der Schiene vornehmen und zum anderen private Investitionen etwa bei der Gebäudesanierung unterstützen. Im EU-Vergleich hat Deutschland 30 Mrd. Euro weniger öffentliche Investitionen als der Durchschnitt. Neben den kommunalen Investitionen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept also auch Investitionen in den Klimaschutz in Höhe von mehreren Mrd. Euro beinhalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrem Sparpaket gerade die Schwächsten in der Gesellschaft massiv belastet. Die Sozialdemokratie hat dies richtigerweise kritisiert. Auch die Auseinandersetzungen zum ALG II Regelsatz machen deutlich, dass die Bundesregierung lieber einen Verfassungsbruch wagt, als allen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Auch hier hat die SPD widersprochen. Wir wollen allen Menschen ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Deswegen muss ein sozialdemokratisches Steuerkonzept mindestens die Rücknahme der unsozialen schwarz-gelben Kürzungspolitik sowie die Finanzierung eines menschenwürdigen Regelsatzes beinhalten.

Diese Projekte kosten Geld. Es ist aber gut investiert in die Zukunft und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zur Finanzierung werden Steuerreformen unausweichlich sein. Wir sind aber sicher: Sei es die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Vermögenssteuer, Reformen der Erbschaftssteuer, die gleiche Besteuerung von Kapitaleinkünften, die Finanztransaktionssteuer, die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein geschlechtergerechtes Steuermodell oder die Streichung von



unökologischen Subventionen – die Instrumente liegen auf dem Tisch.
Man braucht nur den Mut, sie auch anzuwenden.

In diesem Sinne sind auch Diskussionen über die Entlastung von unteren und mittleren Einkommen zwiespältig zu beurteilen. Sie machen Sinn, wenn die Einkommensgruppen entlastet werden, die heute durch Sozialversicherungsabgaben tatsächlich stark belastet werden. Es muss aber klar sein, dass alle vorliegenden Modelle etliche Mrd. Euro kosten und letztlich dem Einzelnen nur wenige Euro bringen. Entlastungen werden aber auch – und im Einzelfall noch stärker – durch eine gebührenfreie Bildung und gute öffentliche Dienstleistungen erzielt. Keineswegs aber darf eine Entlastung bei den Sozialversicherungsabgaben dazu führen, dass die genannten zentralen Zukunftsinvestitionen unterbleiben. Sie müssen das Herzstück einer sozialdemokratischen Finanzpolitik ausmachen. Für ein gutes Leben für alle Menschen. Heute und in der Zukunft.

Unsere Vorschläge zur gerechten Weiterentwicklung der Steuern:

1. Hohe Einkommen stärker besteuern

In den letzten Jahren wurden die Einkommenssteuersätze massiv gesenkt. Davon haben maßgeblich die höheren Einkommensgruppen profitiert. Vom letzten wirtschaftlichen Aufschwung haben vor allem die Wohlhabenden profitiert, an den meisten anderen ging der Aufschwung spurlos vorbei. Deshalb halten wir es für gerechtfertigt, höhere Einkommen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Konkret schlagen wir folgendes Modell vor:

Der Grundfreibetrag wird von ca. 8.000 auf 9.000 Euro erhöht. Damit werden alle unteren und mittleren Einkommensgruppen entlastet. Der Spitzensteuersatz wird von 42 auf 53 Prozent erhöht und soll ab einem zu versteuerndem Jahreseinkommen von rund 75.000 Euro (Ledige) gelten.

Zusätzlich wollen wir an der „Reichensteuer“ als dreiprozentigen Aufschlag ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Ledige) festhalten. Mit diesem Vorschlag werden untere und mittlere Einkommen entlastet und ausschließlich die Gutverdienenden stärker belastet. Der Staat erzielt damit aber Mehreinnahmen von jährlich rund 7 Mrd. Euro.

Wir sprechen uns wieder für eine gleiche Besteuerung aller Einkommensarten aus. Vor allem die Bevorzugung von Kapitaleinkünften durch die Abgeltungssteuer ist vor dem Hintergrund der niedrigen Kapitalbesteuerung in Deutschland ungerechtfertigt. Kapitaleinkünfte müssen wieder über die persönliche Einkommensteuer versteuert werden. Damit würde der Staat im Jahr rund 5 Mrd. Euro mehr einnehmen.

Um die ungerechtfertigte und nicht mehr zeitgemäße Subventionierung von Alleinverdiener-Ehen zu beenden, muss das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung abgelöst werden, die Kinder steuermindernd berücksichtigt.



Wir gehen davon aus, dass durch eine Reform mittelfristig etwa 10 Mrd. Euro Zusatzeinnahmen möglich sind.

2. Unternehmen in die Verantwortung nehmen

Angesichts des seit Jahren boomenden deutschen Exports, des hohen 1 Exportüberschusses und des explodierenden Anteils der Gewinne am gesamten Volkseinkommen, kann von einer überproportionalen Belastung der Unternehmen derzeit kaum gesprochen werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit sind ohnehin eine starke öffentliche Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte entscheidender als die Steuersätze.

Wir machen uns deshalb für eine Reform der Unternehmenssteuern stark, die die Unternehmen wieder in die Verantwortung nimmt. Das kann über eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage ebenso geschehen wie über eine Erhöhung der nominalen Steuersätze. Damit wären problemlos 10 bis 20 Mrd. Euro Mehreinnahmen möglich.

3. Finanztransaktionen besteuern

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und zuletzt die Euro-Krise haben erneut vor Augen geführt, dass eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte dringend notwendig ist. Wir wollen deshalb die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch klare fiskalische Vorteile ergibt. Aufgrund der gigantischen Summen, die täglich gehandelt werden wären enorme Steuererträge von 17 bis zu 36 Mrd. Euro zu erwarten.

Allerdings reicht ein nationaler Alleingang nicht, deshalb muss sich die SPD für die Einführung einer europäischen und internationalen Finanztransaktionssteuer einsetzen. Um eine mögliche „Handelsflucht“ in Länder ohne Finanztransaktionssteuer zu verhindern.

4. Vermögensbesteuerung

In kaum einem anderen Land ist die Besteuerung von Vermögen so niedrig wie in Deutschland. Gleichzeitig hat sich in den vergangenen Jahren die Vermögensschere immer weiter geöffnet. Wir halten es deshalb grundsätzlich für gerechtfertigt, auch Vermögen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Es muss aber sichergestellt werden, dass ein normales Eigentumshaus oder eine private Altersvorsorge mit einer Vermögenssteuer nicht zusätzlich belastet wird. Deshalb schlagen wir einen Freibetrag von 500.000 Euro und einen Steuersatz von einem Prozent vor. Damit würden die Bundesländer jährlich rund 20 Mrd. Euro zusätzlich einnehmen. Erbschaften und Schenkungen sind aus Perspektive des Erben individuelle und durch Geburt bedingte Glücksfälle, die kaum mit dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit in Einklang gebracht werden können.



Wir sprechen uns deshalb für eine Reform der Erbschaftsteuer aus. Mit einer Reduzierung der Freibeträge auf 300.000 Euro bei gleichzeitiger Freistellung des Wohneigentums und einer Erhöhung der Steuersätze für große Erbschaften können rund 6 Mrd. Euro zusätzlich eingenommen werden.

5. Mehr Gerechtigkeit durch eine bessere Steuerfahndung

Gerechte Steuersätze sind die eine Sache, die tatsächlich gezahlten Steuern eine andere. Wir fordern Steuergerechtigkeit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität. Mit einer besseren Personalausstattung beim Zoll und in der Finanzverwaltung könnten pro Jahr Mehreinnahmen von bis zu 12 Mrd. Euro möglich. Neben der besseren Personalausstattung müssen alle Steuerschlupflöcher geschlossen werden.

6. Klientelpolitik zurücknehmen, unsinnige Subventionierung streichen

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Bundesregierung Steuerentlastungen für Hoteliers, reiche Erben und große Unternehmen auf den Weg gebracht. Wenn diese Klientelpolitik rückgängig gemacht wird, wären zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 6 Mrd. Euro zu erwarten.

Laut Berechnungen des Bundesumweltamtes werden in Deutschland jedes Jahr Milliarden an umweltschädlichen Subventionen gezahlt. Im Sinne einer nachhaltigen Strategie halten wir eine Reduzierung dieser Subventionierungen um mindestens 5 Mrd. Euro für sinnvoll und realistisch.

Für die Subventionierung von Niedriglöhnen zahlt der Staat jährlich rund 11 Mrd. Euro. Durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro in der Stunde könnte diese Subventionierung um mehrere Mrd. Euro gesenkt werden.

Für den Staat würden das rund 1 Mrd. Euro weniger Ausgaben bedeuten, zusätzlich würden die Sozialversicherungen 4 Mrd. Euro Zusatzeinnahmen erzielen und damit ihre Finanzierung stabilisieren.



Zur Weiterleitung an die Mindener SPD-Fraktion

Keine Partnerschaften oder Kooperationen mit Atomkonzernen

Die Jusos Minden und der Juso-Unterbezirk Minden-Lübbecke fordern die SPD-Fraktion in der Mindener Stadtverordnetenversammlung auf sich im Rahmen der Neugründung der Stadtwerke Minden dafür einzusetzen, dass nur Kooperationen mit reinen Ökostromanbietern, wie der Naturstrom AG etc., eingegangen wird bzw. die Stadtwerke Minden in den Stadtwerkeverbund der „Energie für Regionen Ostwestfalen-Lippe GmbH“ eintritt.

Desweiteren wird die SPD-Stadtratsfraktion aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Minden eventuell noch vorhandene Anteile am Atomkonzern eon Westfalen-Weser AG veräußert. Indirekte bzw. direkte Anteile am Atomkraftwerk Grohnde, falls diese vorhanden sind, sollen ebenso veräußert werden.

Begründung:

Stadtwerke haben sich in den letzten Jahren als Motor für den Ausbau der erneuerbaren Energien erwiesen. Die vier großen Energiekonzerne (e.on, EnBW, Vattenfall & RWE), versuchen mit allen Mitteln den Ausbau zu verhindern. Sie wollen weiter an den fossilen Energieträgern und an der Kernenergie festhalten.

Dieses Gebaren der vier Monopolisten darf nicht weiter unterstützt werden, deshalb fordern wir die lokale Politik auf, sich für eine Positionierung der Stadtwerke Minden als Ökostromanbieter einzusetzen. Damit würden die Stadtwerke Minden auch den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energieformen fördern.

Kommunen sollten keine Anteile mehr an Konzernen besitzen, die den Ausbau von erneuerbaren Energien behindern und weiter auf eine Technologie setzen, die nicht beherrschbar und Menschenleben gefährdet. Dies gilt besonders für das AKW in Grohnde, weil dort MOX-Brennstäbe eingesetzt werden, wie im Reaktor III von Fukushima I. Diese haben einen großen Anteil am hochgiftigen Plutonium.



Beschluss des UBA: Weiterleitung an den AK „Arbeit & Soziales“

Kostenlose Bildung auch bei Weiter- & Meisterausbildung

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine Initiative für die Realisierung einer kostenlosen Meisterausbildung/Weiterbildung in den deutschen Bundestag einzubringen. Dabei soll eine 100%-Finanzierung über das Meister-BAföG oder durch einen Weiterbildungsfond, der durch den Bund und der Wirtschaft finanziert wird, in Betracht gezogen werden. Auch soll eine Einführung eines Erwachsenen-BAföG nach schwedischem Vorbild überprüft werden, um die Weiterbildung von älteren Arbeitnehmern zu fördern.

Begründung:

„Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“ dies ist eine zentrale Forderung mit denen die SPD immer wieder auftritt, aber diese Forderung darf sich nicht nur auf die Bildungsinstitutionen Kita, Schule und Hochschule“ begrenzt sein, sondern muss um die Säule „Weiterbildung“ ergänzt werden.

Viele Jugendliche entscheiden sich nach ihrer Ausbildung für eine Weiterbildung zum Meister oder Fachkaufmann. Die Finanzierung dieser Weiterbildung müssen die Jugendliche in der Regel selbst finanzieren, zwar steht ihnen die Möglichkeit des Meister-BAföG zu Verfügung, allerdings wird nur ein kleiner Teil der Lehrgangskosten übernommen, der Rest muss aus der eigenen Tasche oder per KfW-Kredit finanziert werden.

Während für Studenten die Studiengebühren abgeschafft werden, müssen andere Jugendliche weiterhin selbst für ihre Weiterbildung finanziell aufkommen. Diese „Ungerechtigkeit“ muss durch eine starke finanzielle Unterstützung durch den Staat und durch die Wirtschaft ausgeglichen werden.

Wer „lebenslanges Lernen“ und „gute Fachkräfte“ fordert, der muss in die Köpfe der jungen Menschen investieren.



An den SPD-Parteivorstand
An das SPD-Präsidium
An die Generalsekretärin Andrea Nahles

Resolution: Kein Fußbreit für Rassisten in der SPD

Die Jusos Minden-Lübbecke können die Entscheidung für die Rücknahme der Anträge für ein Parteiausschlussverfahrens gegen Thilo Sarrazin nicht nachvollziehen. Mit dem Verfahren sollten die Grundwerte der Partei verteidigt und aufgezeigt werden, dass Rassismus in unserer Partei keinen Platz hat. Leider haben die Verfahrensführer kein sachliches und nachvollziehbares Verfahren durchgeführt, sondern sich durch eine dünne Erklärung kaufen lassen.

Wir stellen fest, dass sich Sarrazin nicht glaubhaft von den Äußerungen in den Medien und seinem Buch distanziert hat. **Die Thesen Sarrazins sind und bleiben sozialdarwinistisch, rassistisch und menschenverachtend.**

Die abgegebene Erklärung diente nur dazu, dem Verfahren die Grundlage zu nehmen. In Wahrheit hält Sarrazin an seinen Äußerungen bezüglich Integration fest. Sarrazin hat keinen Beitrag zu einer sachlichen Integrationsdebatte geleistet, diese sogar noch erschwert.

Die Jusos Minden-Lübbecke fordern den SPD-Bundesvorstand und das SPD-Bundespräsidium auf, sich deutlich von den Thesen des Sarrazin und von der Person Sarrazin zu distanzieren. Wir fordern Sarrazin auf, freiwillig die SPD zu verlassen, um weiteren Schaden von der Partei abzuwenden.

Falls Sarrazin dennoch weiter in der Partei verbleibt, erwarten wir, dass die zuständigen Gremien bei einem neuerlichen Verstoß ein sofortiges Parteiordnungsverfahren vor der Bundesschiedskommission einzuleiten und darauf hinwirken, dass die lokale Schiedskommissionen sich nicht für das Verfahren zuständig erklären.

Des Weiteren fordern wir die Generalsekretärin Andrea Nahles auf, sich beim Bundesparteitag im Dezember zum Verfahren zu äußern. Auch dazu, wie es sein kann, dass sich die Verfahrensführer ohne Rücksprache mit den Gremien den Antrag auf Parteiausschluss zurückgezogen haben.

Jusos Minden-Lübbecke

Beschlussbuch – UBA vom 30.04.2011



Woanders werden ohne Probleme Leute aus der Partei ausgeschlossen, weil sie beispielsweise einen Kandidaten von den Grünen unterstützen. Bei Sarrazin aber kneift die Partei und spricht von hohen Hürden. Das Verhalten der SPD-Führung im Fall Sarrazin ist auch nicht nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass ausgerechnet die CDU bei den Fällen Martin Hohmann oder René Stadtkewitz ganz schnell den Fraktions- bzw. Parteiausschluss eingeleitet und durchgeführt hat.

Thilo Sarrazin ist zwar noch Mitglied der SPD, aber ein Sozialdemokrat ist er nicht. Dank der Verfahrensführung hat die SPD ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus endgültig verloren! – Nun liegt es an euch diese Glaubwürdigkeit wiederherzustellen!

Jusos in der SPD
Minden-Lübbecke

V.I.S.P. Jens Vogel
Lübbecker Str. 202
32429 Minden

fon: 0571/50505-41

fax: 0571/50505-50

mail: info@jusos-mi-lk.de

web: www.jusos-mi-lk.de

Bildnachweis – Titelbild: nrwjusos.de